

Berlin, 17. April 2026

Pressemitteilung

Spitzenverband: 1000-Euro-Prämie belastet kleine Betriebe noch stärker

Der Freiberuflerverband BFB kritisiert wachsende Belastungen für Strukturen mit wenigen Mitarbeitenden. Mit der 1000-Euro-Prämie schiebe die Regierung ihre Verantwortung weg.

Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) sieht in den aktuellen wirtschaftspolitischen Vorschlägen der Bundesregierung ein wachsendes Missverhältnis zwischen politischem Anspruch und betrieblicher Realität. Die Regierung schiebe – unter anderem mit der steuerfreien 1000-Euro-Prämie – ihre Verantwortung auf die Arbeitgeber. Gerade kleine Betriebe sind häufig jedoch nicht in der Lage, diese hohen Erwartungen zu erfüllen, erklärt **BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister**:

„Auch diese Betriebe sind von den Kostensteigerungen massiv betroffen und jede zusätzliche Belastung trifft direkt die Substanz“, so der BFB-Präsident. „Hier geht es nicht um Komfort, sondern um die Frage, was wirtschaftlich in diesen angespannten Zeiten überhaupt noch tragfähig ist.“

Der BFB-Präsident betont, die wirtschaftspolitische Debatte drehe sich zu oft allein um große Unternehmen. „Dabei wird übersehen, wie Wirtschaft in Deutschland tatsächlich funktioniert. Die Freien Berufe bestehen im Schnitt aus sehr kleinen Einheiten mit drei Mitarbeitenden. Genau dort treffen zusätzliche Pflichten und neue Anforderungen unmittelbar auf die tägliche Praxis.“

Der BFB kritisiert, dass statt echter Entlastung ein Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschürt werde. „Umsetzung und finanzielle Risiken werden erneut auf die Arbeitgeber übertragen. Versprechungen zu Lasten Dritter sind aber wohlfeil! Für viele kleinere Betriebe bedeute das zusätzlichen Aufwand, der weder personell noch organisatorisch oder gar finanziell aufgefangen werden kann. Das ist ein falsches Signal“, so Dr. Hofmeister. Dazu komme, dass die steuerfreie Prämie, wie schon die Aktivrente oder Corona-Entlastungen, nicht für Selbstständige gelte. „Selbstständige gehen wieder einmal leer aus. Auch das sorgt für Frust.“

Der BFB erinnert daran, dass rund 6,2 Millionen Menschen in den Freien Berufen tätig sind und diese Strukturen mit einem Anteil von über zehn Prozent am Bruttoinlandsprodukt einen zentralen Beitrag zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Versorgung leisten. Umso wichtiger sei eine Wirtschaftspolitik, die diese Realität ernst nimmt.

„Die Koalition hat angekündigt, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dafür braucht es klare, durchdachte Maßnahmen und keine Regelungen, die in der Praxis neue Probleme schaffen“, betont Hofmeister. „Wenn kleine Betriebe dauerhaft überfordert werden, schwächt das am Ende die gesamte Wirtschaft. Es werden politisch Erwartungen geweckt, die andere ausbaden müssen. Das trägt nicht zu einem guten Miteinander bei.“

Über den BFB:

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,49 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler steuern rund zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen knapp 4,8 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – darunter knapp 129.000

Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

Der BFB online:

Web: www.freie-berufe.de

LinkedIn: www.linkedin.de/company/bundesverband-der-freien-berufe

Podcast „Klotzki und Sigmund“: <https://open.spotify.com/show/47GNVNDd5itw4HwMoGysf7>

Ihr Ansprechpartner:

Luca Samlidis

Head of Media | Pressesprecher

luca.samlidis@freie-berufe.de

+49 157 36303806

030 28 44 44 32